

Stadt Strausberg

Wahlperiode 2014 – 2019

Beratungsvorlage



Vorlage Nr.: 531.1/2017

erstellt am: 12.05.2017

Beschluss Nr.:

Einreicher: Fraktion die LINKE

Zuständigkeit:

Seiten: 2

Beratungsfolge		Sitzungs- datum	ö.T.	g.T.	Vertreter gew. anw.		Ergebnis			Beschluss- empfehlung
							ja	nein	enth.	
1	Finanzen und Wirtschaft	10.05.2017	☒	☐	9	8	4	0	4	☐
2	Hauptausschuss	15.05.2017	☒	☐	10	10	4	5	0	☐
3	Stadtverordnetenversammlung	01.06.2017	☒	☐	33					

Betreff: Verzicht auf Mieterhöhungen von Bestandsmieten

Beschlussentwurf:

1. Die Bürgermeisterin wird in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin der Strausberger Wohnungsbaugesellschaft mbH damit beauftragt, gegenüber den Geschäftsführern folgende Geschäftspolitik durchzusetzen: Ohne vorherige Investition in die Gebäude bzw. Wohnungsbestand oder die Freianlagen werden die Mieten nicht erhöht.

2. Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Strausberger Vermieter sich dieser Maxime anzuschließen.

Sachdarstellung / Begründung / Rechtsgrundlage:

Mit dem Wachstum der Bundeshauptstadt und den dortigen Preissteigerungen am Wohnungsmarkt, gibt es auch in Strausberg vermehrt Zuzug und einen Engpass in der Versorgung mit Wohnraum. Die Verhandlungsmacht der Mieter ist erheblich gesunken. Das führt zu den üblichen Mitnahmeeffekten auf Seiten der Vermieter. Im Strausberger Norden wurden die Mieten im Bestand und ohne vorherige Investition zum Teil deutlich angehoben. Dieses Vorgehen wird von vielen Mietern als ungerecht empfunden. Das kommunale Unternehmen SWG kann hier als größter Vermieter Maßstäbe setzen und seine Markmacht nutzen, dieser illegitimen Praxis Grenzen zu setzen. Die SVV als politische Vertretung der Einwohner kann helfen, die größeren nichtkommunalen Vermieter zur Mitwirkung zu motivieren.

Finanzielle Auswirkungen: ☐

Kosten:	€	
Stellungnahme des Kämmerers:		

Ronny Kühn
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE